

Chur, den 28. Oktober 2009

## Medienmitteilung

# Bündner NFA politisch weiterhin umstritten

**Das Komitee ‚NEIN zur Bündner NFA‘ hat zur Kenntnis genommen, dass die Verfassungsbeschwerden gegen die Bündner NFA abgelehnt wurden. Diese erste gerichtliche Beurteilung der rechtlichen Sachlage verändert die politische Beurteilung in keiner Weise. Die Bündner Stimmberechtigten haben mit den 6'460 Unterschriften sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, dass sie einer weitgehenden Kommunalisierung der Volksschule und des Sozialwesens sehr kritisch gegenüber stehen. Das Komitee ‚NEIN zur Bündner NFA‘ fordert die Regierung auf, so bald wie möglich einen Abstimmungstermin festzusetzen.**

Das Komitee ‚NEIN zur Bündner NFA‘ setzt sich aus Schulbehörden, Selbsthilfeorganisationen, Fachleuten des Bildungs- und Sozialwesens sowie Gewerkschaften zusammen. Die eingereichten Verfassungsbeschwerden stammen nicht aus dem Umfeld der Organisationen des Komitees. Die Unterschriftensammlung erfolgte aus der Überzeugung, dass die Bündner NFA negative Auswirkungen auf die Bündner Bevölkerung hat. Das Engagement des Komitees ist politisch und nicht juristisch begründet.

## Abstimmung soll bald festgelegt werden

Das Bündner Stimmvolk hat mit der grossen Anzahl Unterschriften eindeutig und unmissverständlich zum Ausdruck gebracht, dass die politische Beurteilung der Bündner NFA kritisch ausfällt. Besonders erregte auch Missfallen, dass der Grosse Rat dieses umfassende Reformwerk dem Volk nicht zur Abstimmung vorlegen wollte. Das Komitee ‚NEIN zur Bündner NFA‘ fordert jetzt, dass die Volksabstimmung so rasch wie möglich festgesetzt wird, damit in dieses Projekt endlich ein Mindestmass an politischer Transparenz einzieht.

## Hohe Belastungen für die Gemeinden

Die Bündner NFA möchte in wichtigen Bereichen des Bildungs- und Sozialwesens eine weitgehende Entflechtung der Aufgaben vornehmen. Das bedeutet, dass beispielsweise die Volksschule oder auch die Sozialberatung weitgehend alleine von den Gemeinden wahrgenommen werden sollen. Dies sind Bereiche, bei denen griffige Vorgaben und eine einheitliche Qualität besonders wichtig sind um für die Bevölkerung einen gleichmässigen Zugang sicherzustellen. Mit der Bündner NFA würde es bald einmal so sein, dass viele Gemeinden infolge wichtiger Projekten nicht das notwendige Geld aufbringen können, um beispielsweise dringende Therapien für leicht behinderte Kinder zu finanzieren. Das Komitee ‚NEIN zur Bündner NFA‘ zweifelt nicht am guten Willen der Gemeinden, sondern sorgt sich um die Auswirkungen, sofern den Gemeinden die finanziellen Ressourcen fehlen. Wir sind überzeugt, dass diese für die Bevölkerung sensiblen Aufgaben nicht Teil von Budgetdebatten dürfen werden.

---

**Das Komitee „NEIN zur Bündner NFA“ besteht aus 18 Verbänden und Organisationen:**

**A**venirSocial Graubünden, **B**ehindertenkonferenz Graubünden, **B**ündner Logopädinnen und Logopäden BBL, **F**rauzentrale Graubünden, **H**eilpädagogische Lehrpersonen Graubünden HLGR, **I**nsieme Graubünden, **K**indergartenlehrpersonen KGGR, **L**ehrpersonen Graubünden LEGR, **L**ehrpersonen der Sekundarstufe I Graubünden Sek I GR, **P**rimarlehrpersonen Graubünden PGR, **P**ro Infirmis Graubünden, **P**rocap Grischun - Bündner Behinderten Verband, **S**chulbehördenverband Graubünden SBGR, **S**YNA Graubünden, **V**erband Schulleiterinnen und Schulleiter Graubünden VSLGR, **V**erband der Handarbeits- und Hauswirtschaftslehrerinnen VBHHL, **V**ereinigung Cerebral Graubünden, **V**POD Grischun.

---